

# **Tarifvertrag zur Zukunft der Arbeit im Rahmen der Digitalisierung im DB-Konzern**

**(TV Arbeit 4.0 EVG 2016)**

## **Inhaltsverzeichnis:**

### **Präambel**

§ 1 Geltungsbereich

### **Abschnitt I Digitale Roadmap**

§ 2 Vorgehensmodell zur Einführung von Prozessen zur Digitalisierung der Arbeitswelt

§ 3 Kriterien zur Bewertung der Auswirkungen von digitalen Innovationen auf die Arbeitswelt

### **Abschnitt II Veränderung von Berufsbildern und Tätigkeiten**

§ 4 Verfahren bei Veränderung von Berufsbildern und Tätigkeiten

### **Abschnitt III Mobile Arbeit/Rufbereitschaft**

§ 5 Begriffsdefinition Mobile Arbeit (alternierende Telearbeit, mobile Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort), betriebsdisponierte mobile Tätigkeiten)

§ 6 Information und Beteiligung des Betriebsrates bei alternierender Telearbeit/mobiler Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)

§ 7 Grundsätze für alternierende Telearbeit/mobile Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)

§ 8 Nutzung von Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik bei allen Arten mobiler Arbeit

§ 9 Häusliche Arbeitsstätte – Regelungen für die alternierende Telearbeit

§ 10 Arbeitsleistungen des Arbeitnehmers außerhalb betrieblich veranlasster Arbeitsorte und häuslicher Arbeitsstätte bei mobiler Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)

§ 11 Arbeitszeit bei alternierender Telearbeit/mobiler Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)

§ 12 Arbeitszeit bei betriebsdisponierter mobiler Tätigkeit

§ 13 Zugang zur häuslichen Arbeitsstätte bei alternierender Telearbeit

§ 14 Gesetzliche Unfallversicherung bei alternierender Telearbeit/mobiler Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)

§ 15 Haftung bei allen Arten mobiler Arbeit

§ 16 Kündigung der Nebenabrede zum Arbeitsvertrag bei alternierender Telearbeit

- § 17 Maschinelle Leistungs- bzw. Verhaltenskontrolle bei allen Arten mobiler Arbeit
- § 18 Datenschutz und Datensicherheit bei allen Arten mobiler Arbeit
- § 19 Gewerkschaftliche Informationen bei allen Arten mobiler Arbeit
- § 20 Rufbereitschaft
- § 21 Neustruktur Arbeitszeitkontensystematik

#### **Abschnitt IV Teilhabe an Produktivitätssteigerung, Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungssicherung**

- § 22 Beschäftigungsfähigkeit
- § 23 Budget zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit (Produktivitätsgewinn)
- § 24 Beschäftigungssicherung

#### **Abschnitt V Kooperation der Tarifvertragsparteien**

- § 25 Modellprojekte
- § 26 Evaluierung des TV Arbeit 4.0 EVG 2016

#### **Abschnitt VI Schlussbestimmungen**

- § 27 Schlussbestimmungen

#### **Anlagen**

- Anlage 1 Unternehmen gemäß § 1 TV Arbeit 4.0 EVG 2016
- Anlage 2 Bemessung der Leistungsentgelte für den Rufbereitschaftseinsatz und Aufhebung von Altregelungen gemäß § 20 Abs. 3 TV Arbeit 4.0 EVG 2016
- Anlage 3 Modellprojekte

## Präambel

Individualisierung und Digitalisierung sind die wesentlichen Entwicklungstrends und Treiber aktueller und bevorstehender Veränderungen der Arbeitswelt („Arbeit 4.0“). Sie drücken sich zum einen im Wunsch der Beschäftigten nach einer verstärkten individuellen Gestaltbarkeit ihrer Arbeitsbedingungen aus. Sie führen andererseits zur grundlegenden Veränderung von Geschäftsmodellen, Arbeitsprozessen, Produktionsmitteln und Berufsbildern, die sich in einer hohen und teilweise sprunghaften Entwicklungsgeschwindigkeit vollziehen.

Diese Entwicklung verlangt von Unternehmen und ihren Beschäftigten eine neue Kompetenz in der aktiven Gestaltung von Veränderung. Sie fordert nicht nur die Tarifvertragsparteien, sondern auch die Betriebsparteien auf allen Unternehmensebenen. Bei der Integration technologischer und digitaler Innovationen muss die Ausgestaltung ihrer Auswirkungen auf die Berufsbilder und Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (nachfolgend Arbeitnehmer genannt) frühzeitig berücksichtigt werden. Gleichzeitig unterstützt die fortschreitende Digitalisierung neue familienfreundlichere Arbeitsprozesse und ermöglicht flexiblere Arbeitszeitmodelle und Arbeitsformen.

Dieser Tarifvertrag soll Themen, Verfahren und Modelle beschreiben, die es den Tarifvertragsparteien ermöglichen, diesen Veränderungsprozess im Hinblick auf eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Berufsbilder und Beschäftigungsbedingungen und der tarifpolitischen Strukturen vorausschauend zu begleiten und zu gestalten. Er steht damit in der Kontinuität des TV Arbeit 4.0 2015 und des DemografieTV und knüpft an den hierin beschriebenen Orientierungs- und Gestaltungsrahmen an.

## § 1 Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt:

a) **Räumlich:**

Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

b) **Betrieblich:**

Für die in der Anlage 1 aufgeführten Unternehmen.

c) **Persönlich:**

Für alle Arbeitnehmer der Betriebe der Unternehmen nach Buchst. b, sofern sie vom persönlichen Geltungsbereich des BasisTV bzw. des im jeweiligen Unternehmen geltenden Rahmen-/Manteltarifvertrag erfasst sind.

Auszubildende und Dual Studierende werden von diesem Tarifvertrag erfasst, soweit einzelne Regelungstatbestände auf sie anwendbar sind.

## Abschnitt I Digitale Roadmap

### § 2

#### Vorgehensmodell zur Einführung von Prozessen zur Digitalisierung der Arbeitswelt

- (1) Digitale Innovationen erfahren eine andere Geschwindigkeit und Herangehensweise als in der Vergangenheit. Die Entwicklung erfolgt Schritt für Schritt und bleibt dabei flexibel. Versuch und Irrtum sind Teil des Prozesses. Schnelligkeit wird zum Qualitätskriterium, um den Kundenbedürfnissen und Marktanforderungen gerecht zu werden. Durch die sich stetig verändernden Anforderungen unterliegen nicht nur digitale Produkte einer permanenten Weiterentwicklung und Verbesserung. Daneben ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung Auswirkungen auf die Arbeitswelten im DB-Konzern hat.
- (2) Diese Art der Entwicklung verändert die Anforderungen an die Mitbestimmung zu digitalen Innovationen. Die Auswirkungen der Digitalisierung der Arbeitswelt auf die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen bedürfen daher ständiger aktiver Begleitung durch die Interessenvertretungen und durch den Arbeitgeber. Um die bestehenden Gestaltungserfordernisse gemeinsam umsetzen zu können, ist eine frühzeitige Einbeziehung der Mitarbeiter- bzw. Anwenderperspektive in die Entwicklungsprozesse digitaler Innovationen notwendig.
- (3) Das nachfolgende Vorgehensmodell setzt den Rahmen für das gemeinsamen Zusammenwirken:
  - a) Die jeweiligen Interessenvertretungen werden frühzeitig in die Planung, Entwicklung bzw. Einführung digitaler Innovationen eingebunden. Die möglichen Auswirkungen der neuen/erweiterten digitalen Prozesse oder Anwendungen werden, soweit möglich, durch den Arbeitgeber aufgezeigt und mit den Interessenvertretungen und ggf. dem Tarifpartner diskutiert.
  - b) Gemeinsame Kriterien (vgl. § 3) zur Bewertung der neuen/erweiterten digitalen Prozesse oder Anwendungen werden erörtert; offene Fragen werden terminiert.
  - c) Die Beteiligten verabreden die konkrete Prozessbegleitung durch die jeweiligen Interessenvertretungen und legen gemeinsam Prüfschritte sowie die Beteiligungsform fest.
  - d) Im Falle einer Pilotierung wird, bevor das Roll-Out der digitalen Innovation erfolgt, der zuständigen Interessenvertretung durch den Arbeitgeber eine Evaluierung und ggf. Nachjustierung der Einschätzung zu den Auswirkungen vorgelegt.
  - e) Um den Beteiligungsprozess mit den jeweiligen Interessenvertretungen abzuschließen, ist eine Einschätzung zu den Auswirkungen der digitalen Innovation in personeller, wirtschaftlicher, struktureller Hinsicht und mit Blick auf den Schutz der Beschäftigten (vgl. § 3 Abs. 4) vorzulegen. Auf dieser Basis ist zu entscheiden, ob und inwieweit Regelungen zum Umgang mit den Folgen des digitalen Innovationsprozesses zu vereinbaren sind.

### § 3

#### Kriterien zur Bewertung der Auswirkungen von digitalen Innovationen auf die Arbeitswelt

Zur Bewertung der Auswirkungen digitaler Innovationen auf die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen werden folgende Kriterien bei der Beteiligung der Interessenvertretungen berücksichtigt:

- (1) **Personelle Auswirkungen** (z.B. verändertes Aufgabenprofil/Verantwortung, Qualifizierung/Einweisung, Arbeitszeitmodelle, Wertigkeit der Tätigkeit)
- (2) **Wirtschaftliche Auswirkungen** (z.B. Produktivitätsentwicklung/-gewinne, Personalkapazitäten)
- (3) **Strukturelle Auswirkungen** (z.B. Arbeitsprozesse, Arbeitsplatzgestaltung, Mobilität)
- (4) **Auswirkungen auf den Schutz der Beschäftigten** (z.B. Arbeitsschutz/Ergonomie, Datenschutz, Umgang mit technischen Möglichkeiten der Leistungs- und Verhaltenskontrolle)

### Abschnitt II

#### Veränderung von Berufsbildern und Tätigkeiten

### § 4

#### Verfahren bei Veränderung von Berufsbildern und Tätigkeiten

- (1) Berufsbilder und Tätigkeiten wandeln sich infolge von Digitalisierung und/oder Automatisierung in zunehmendem Maße. Für die Betriebsparteien ist mit diesem Wandel die Aufgabe verbunden zu prüfen, inwiefern veränderte Arbeitsinhalte, Arbeitsorganisation, Aufgaben sowie Kompetenzprofile und Qualifikationsanforderungen zu insgesamt neuen Anforderungen und damit zur Veränderung von Berufsbildern und Tätigkeiten führen.
- (2) Besteht aus Sicht einer oder beider Betriebsparteien in Bezug auf die in Abs. 1 beschriebenen Veränderungen Anpassungsbedarf hinsichtlich der Tätigkeitsbeschreibungen und -bewertung in Entgeltgruppenverzeichnissen von Tarifverträgen, so leiten sie einen Dialogprozess auf Unternehmensebene ein und setzen die Tarifvertragsparteien davon in Kenntnis. Ziel des Dialoges ist eine Einigung auf ggf. notwendige Änderungen in Entgeltgruppenverzeichnissen von Tarifverträgen.
- (3) Erreichen die Betriebsparteien einen Konsens, so leiten sie in einem gemeinsam unterzeichneten Dokument den Tarifvertragsparteien einen diesbezüglichen Änderungsentwurf - unter Beifügung einer abgestimmten Begründung - zu.
- (4) Die Tarifvertragsparteien beraten den Entwurf unter Berücksichtigung des tarifvertraglichen Gesamtgefüges.
- (5) Sofern die Betriebsparteien im Dialogprozess keinen Konsens erarbeiten können, werden die Tarifvertragsparteien eingebunden. Dazu sind alle notwendigen Unterlagen weiterzuleiten.

### **Abschnitt III Mobile Arbeit/Rufbereitschaft**

Die Tarifvertragsparteien verfolgen das Ziel, im Rahmen von mobiler Arbeit eine örtliche Flexibilisierung der Arbeitsorganisation sowohl im Unternehmensinteresse als auch im Mitarbeiterinteresse zu gestalten. In diesem Sinne wollen die Tarifvertragsparteien die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Biografie und im Zusammenhang mit mobiler Arbeit die Beschäftigungsfähigkeit fördern. Es ist gemeinsame Auffassung der Tarifvertragsparteien, dass mobile Arbeit in all ihren Ausprägungen nicht dazu führen darf, dass Arbeitnehmer keinen betrieblichen Anlaufpunkt und damit keine Möglichkeit mehr haben, in die soziale und kulturelle Ordnung im Betrieb eingebunden zu werden.

#### **§ 5 Begriffsdefinition Mobile Arbeit (alternierende Telearbeit, mobile Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort), betriebsdisponierte mobile Tätigkeiten)**

- (1) Bei der alternierenden Telearbeit wird die bisher in den Räumlichkeiten des Betriebes zu erbringende Arbeitsleistung freiwillig teilweise in den häuslichen Bereich des Arbeitnehmers verlagert und ist dort zu erbringen. Die tarifvertragliche bzw. die individuelle regelmäßige Arbeitszeit wird somit teilweise in der Wohnung des Arbeitnehmers (häusliche Arbeitsstätte) und teilweise im Betrieb des Arbeitgebers (betriebliche Arbeitsstätte) erbracht.
- (2) Bei der mobilen Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort) wird die im Rahmen der tarifvertraglichen bzw. der individuellen regelmäßigen Arbeitszeit zu erbringende Arbeitsleistung, unter Nutzung von Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, freiwillig an wechselnden Örtlichkeiten innerhalb und außerhalb der 1. Tätigkeitsstätte bzw. betrieblich veranlassenen Arbeitsorten, erbracht. Schwerpunkt der Erbringung der Arbeitsleistung ist die betriebliche Arbeitsstätte.
- (3) Bei betriebsdisponierten mobilen Tätigkeiten (kein Fahrpersonal) wird die im Rahmen der tarifvertraglichen bzw. der individuellen regelmäßigen Arbeitszeit zu erbringende Arbeitsleistung, unterstützt durch Geräte und Einrichtungen der Informationsverarbeitungs- oder Kommunikationstechnik, an (wechselnden) Einsatzstellen bzw. Arbeitsorten erbracht, die durch den Betrieb vorgegeben werden. Es kann auch ein Teil der Arbeitsleistung in einer betrieblichen und/ oder häuslichen Arbeitsstätte erbracht werden.
- (4) Rufbereitschaft gilt nicht als Mobile Arbeit im Sinne der vorstehenden Absätze 1-3.

#### **§ 6 Information und Beteiligung des Betriebsrates bei alternierender Telearbeit/mobiler Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)**

Auf Verlangen des Betriebsrats informiert der Arbeitgeber über die Anzahl der Arbeitnehmer, die alternierende bzw. mobile Telearbeit ausüben. Auf Grundlage dieses Tarifvertrages können zur Unterstützung und zum gleichberechtigten Zugang zu mobilen Arbeitsformen betriebliche Regelungen getroffen werden. Im Übrigen bleiben die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats aus dem Betriebsverfassungsgesetz unberührt.

## § 7

### **Grundsätze für alternierende Telearbeit/mobile Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)**

- (1) Alternierende und mobile Telearbeit fordern eine hohe Vertrauenskultur und verantwortungsvolles Handeln von Führungskraft und Arbeitnehmer. Unter den im Folgenden beschriebenen Prämissen haben alle Arbeitnehmer grundsätzlich das Recht, in alternierender oder mobiler Telearbeit zu arbeiten.
- (2) Alternierende und mobile Telearbeit sind freiwillig. Eine Verpflichtung, die Arbeitsleistungen außerhalb von betrieblich veranlassten Arbeitsorten zu erbringen, besteht für Arbeitnehmer nicht. Sie können die Teilnahme ohne Angabe eines Grundes ablehnen. Aus der Nichtteilnahme dürfen keine Nachteile entstehen.
- (3) Die Entscheidung, ob für den Bereich, in dem der Arbeitnehmer tätig ist, grundsätzlich alternierende oder mobile Telearbeit als Arbeitsform möglich ist, liegt beim Arbeitgeber.
- (4) Alternierende und mobile Telearbeit müssen ohne Beeinträchtigung der betrieblichen Belange verrichtet werden können. Betriebliche Veranstaltungen mit Präsenzplicht haben stets Vorrang vor alternierender oder mobiler Telearbeit. Insofern ist auch den besonderen Belangen während einer Anlern- oder Einarbeitungsphase Rechnung zu tragen.
- (5) Wegen der Teilnahme an alternierender oder mobiler Telearbeit dürfen dem Arbeitnehmer keine beruflichen Nachteile entstehen.
- (6) Ein schriftlicher Antrag des Arbeitnehmers auf eine grundsätzliche Teilnahme an alternierender oder mobiler Telearbeit ist innerhalb von 6 Wochen seit Eingang des Antrags durch den Arbeitgeber zu beantworten. Lehnt der Arbeitgeber die Teilnahme des Arbeitnehmers ab, hat er dies auf Verlangen schriftlich zu begründen. Verständigen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf eine Beschäftigung in alternierender Telearbeit, ist diese in einer Nebenabrede zum Arbeitsvertrag zu vereinbaren.
- (7) Eine individuelle Teilnahme an alternierender oder mobiler Telearbeit kann abgelehnt werden, wenn eine der nachfolgend genannten Voraussetzungen der Teilnahme entgegensteht:
  - betriebliche Belange (z.B. Art der Tätigkeit/Funktion (aufgabenbezogen), Datenschutzerfordernisse, technische Bedingungen, Sicherheitsanforderungen),
  - in der Person liegende Hinderungsgründe (z.B. im Verhalten des Arbeitnehmers), die aus Sicht des Arbeitgebers das Risiko begründen, dass die Arbeitsleistung nicht ordnungsgemäß erbracht wird),
  - sonstige Umstände (z.B. ungeeignete räumliche Voraussetzungen, unzureichende Netzversorgung).
- (8) Bei Ablehnung eines Antrags kann der Arbeitnehmer bzw. der Betriebsrat die zuständige Clearingstelle gemäß RKBV „Beruf, Familie und Biografie“ mit der Bitte um Prüfung der Ablehnung anrufen.
- (9) Arbeitnehmer, die an alternierender bzw. mobiler Telearbeit teilnehmen, können bei Bedarf in Abstimmung mit dem Arbeitgeber Angebote zum Umgang mit selbstdisponierter

Arbeit (z.B. Schulung oder Beratung) wahrnehmen. Umfang, Ablauf und Inhalte sind auf betrieblicher Ebene zu regeln.

## **§ 8**

### **Nutzung von Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik bei allen Arten mobiler Arbeit**

Die notwendigen mobilen Endgeräte werden für die Dauer der Teilnahme an mobiler Arbeit vom Arbeitgeber kostenlos zur Verfügung gestellt und sind grundsätzlich zu nutzen. Die private Nutzung ist im Rahmen der allgemeinen betrieblichen Regelungen möglich.

Zur Verfügung gestellte Hard- und Software für mobile Arbeit muss den gesetzlichen Vorgaben und verbindlichen Standards entsprechen.

## **§ 9**

### **Häusliche Arbeitsstätte – Regelungen für die alternierende Telearbeit**

Die häusliche Arbeitsstätte muss in der Wohnung des Arbeitnehmers folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Eignung entsprechend der Arbeitsstättenverordnung in der jeweils gültigen Fassung,
- Eignung zur Arbeitserledigung.

Die Eignung bzw. Ausstattung der häuslichen Arbeitsstätte entsprechend den vorstehend bezeichneten Voraussetzungen kann durch eine Begehung durch den Arbeitgeber oder einen von ihm Beauftragten geprüft werden. Dem Betriebsrat ist dabei die Möglichkeit einzuräumen, an der Begehung teilzunehmen.

Für die Teilnahme an der alternierenden Telearbeit stellt der Arbeitgeber sicher, dass die technische Ausstattung der Arbeitnehmer den geforderten Aufgaben entspricht. Ein erforderlicher Auf- und Abbau gestellter Arbeitsmittel sowie deren Wartung erfolgt durch den Arbeitgeber oder dessen Beauftragten.

## **§ 10**

### **Arbeitsleistungen des Arbeitnehmers außerhalb betrieblich veranlasster Arbeitsorte und häuslicher Arbeitsstätte bei mobiler Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)**

- (1) Der Arbeitnehmer kann die Arbeitsleistung im Rahmen der tarifvertraglichen und betrieblichen Regelungen zur mobilen Telearbeit an von ihm gewählten Örtlichkeiten erbringen. Dabei hat der Arbeitnehmer zu beachten, dass die Erfüllung der Arbeitsleistung am jeweils von ihm gewählten Arbeitsort möglich ist. Dies gilt insbesondere in Bezug auf notwendige Erreichbarkeit, die Sicherstellung von Datenschutz und Vertraulichkeit sowie die Angemessenheit und Geeignetheit der Arbeitsumgebung.
- (2) Absatz 1 Satz 1 gilt eingeschränkt, sofern konkrete betriebliche Belange dem entgegenstehen. Betriebliche Belange sind z.B. Präsenzveranstaltungen/-meetings oder Anforderungen an Vertraulichkeit und Datenschutz.

## § 11

### **Arbeitszeit bei alternierender Telearbeit/ mobiler Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)**

- (1) Die gesetzlichen sowie die jeweiligen tarifvertraglichen Rahmenbedingungen der Arbeitszeitgestaltung gelten für den Arbeitnehmer in alternierender und mobiler Telearbeit unter folgender Maßgabe grundsätzlich fort:

Die Verteilung und Lage der Arbeitszeit (auch Aufteilung auf häusliche/betriebliche Arbeitsstätte, Erreichbarkeit/Nicht-Erreichbarkeit) ist individuell festzulegen; hierbei kann auch auf die in dem jeweiligen Betrieb geltenden Regelungen über Beginn und Ende der Arbeitszeit Bezug genommen werden (z.B. Rahmenarbeitszeit, Ansprechzeit). Diese Festlegung kann jederzeit im beiderseitigen Einvernehmen geändert werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, finden die im Betrieb üblichen Prozesse zur Arbeitszeitverteilung Anwendung.

- (2) Ein Anspruch auf arbeitszeitbezogene Zulagen und Zuschläge besteht ausschließlich für in diesen Zeiträumen vom Arbeitgeber angeordnete Arbeitszeit.
- (3) Fahrten zwischen der betrieblichen und der häuslichen Arbeitsstätte sind nicht betriebsbedingt und werden nicht auf die Arbeitszeit angerechnet.
- (4) Die Arbeitszeiterfassung erfolgt durch den Arbeitnehmer in der betriebsüblichen Weise.
- (5) Bestehende Mitbestimmungsrechte gemäß des § 87 BetrVG sind einzuhalten.

## § 12

### **Arbeitszeit bei betriebsdisponierter mobiler Tätigkeit**

Der Beginn der Arbeitszeit bei betriebsdisponierter mobiler Tätigkeit richtet sich nach den jeweiligen tarifvertraglichen und betrieblichen Regelungen. Bei der betriebsdisponierten mobilen Tätigkeit beginnt die Arbeitszeit grundsätzlich mit dem tatsächlichen Zeitpunkt der vom Arbeitgeber angeordneten Arbeitsaufnahme durch den Arbeitnehmer. Einzelheiten sind durch die Betriebsparteien zu regeln.

## § 13

### **Zugang zur häuslichen Arbeitsstätte bei alternierender Telearbeit**

- (1) Der Arbeitnehmer muss sich in der Nebenabrede zum Arbeitsvertrag verpflichten, dem Arbeitgeber oder einem von ihm Beauftragten - beim Erheben, Verarbeiten und Nutzen personenbezogener Daten auch dem betrieblichen Datenschutzbeauftragten - sowie Personen, die aufgrund gesetzlicher Verpflichtung Zugang zur häuslichen Arbeitsstätte haben müssen (z.B. zur Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsschutz- und Sicherheitsvorschriften) und dem Betriebsrat nach Maßgabe des § 80 BetrVG Zugang zur häuslichen Arbeitsstätte zu gewähren. Der Zugang ist mit dem Arbeitnehmer vorher abzustimmen und muss innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeiten liegen.

- (2) Der Arbeitnehmer fügt vor Abschluss der Nebenabrede zum Arbeitsvertrag eine Erklärung der mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden volljährigen Personen bei, dass sie mit dem Zugangrecht nach Abs. 1 einverstanden sind.
- (3) Ausgeschlossen ist der Zugang zum Zwecke der Leistungs- und Verhaltenskontrolle.

#### **§ 14**

#### **Gesetzliche Unfallversicherung bei alternierender Telearbeit/ mobiler Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort)**

Der gesetzliche Unfallversicherungsschutz bestimmt sich nach den jeweils geltenden gesetzlichen Regelungen. Danach ergeben sich in Bezug auf die gesetzliche Unfallversicherung für den Bereich der häuslichen Arbeitsstätte keine Änderungen. Die Feststellung, ob im Einzelfall die Voraussetzungen für einen Arbeits- oder Wegeunfall vorliegen, obliegt dem jeweiligen Unfallversicherungsträger.

#### **§ 15**

#### **Haftung bei allen Arten mobiler Arbeit**

- (1) Die Haftung des in mobiler Telearbeit beschäftigten Arbeitnehmers richtet sich nach den jeweils geltenden gesetzlichen und tarifvertraglichen Haftungsbestimmungen, insbesondere nach § 20 BasisTV.
- (2) Bei Schäden, die durch mit dem Arbeitnehmer in häuslicher Gemeinschaft lebende Personen oder berechtigte Besucher am Eigentum des Arbeitgebers verursacht werden, gelten die Grundsätze gemäß Abs. 1 gleichermaßen, sofern nicht eine Haftpflichtversicherung für den Schaden vorrangig in Anspruch genommen werden kann.

#### **§ 16**

#### **Kündigung der Nebenabrede zum Arbeitsvertrag bei alternierender Telearbeit**

- (1) Die Nebenabrede zum Arbeitsvertrag kann sowohl vom Arbeitnehmer als auch vom Arbeitgeber - unter Angabe von Gründen - schriftlich mit einer Frist von zwei Monaten zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.
- (2) Die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel sind nach dem Wirksamwerden der Kündigung der Nebenabrede zum Arbeitsvertrag unverzüglich an den Arbeitgeber zurückzugeben.

#### **§ 17**

#### **Maschinelle Leistungs- bzw. Verhaltenskontrolle bei allen Arten mobiler Arbeit**

Im Rahmen der mobilen Arbeit finden keine maschinellen Leistungs- bzw. Verhaltenskontrollen statt, es sei denn, es ist eine Zustimmung des Betriebsrats im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung erfolgt.

#### **§ 18**

#### **Datenschutz und Datensicherheit bei allen Arten mobiler Arbeit**

Der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer haben im Rahmen der alternierenden Telearbeit wie auch der mobilen Telearbeit (selbstdisponierter Arbeitsort) die datenschutzrelevanten Bestimmungen zu beachten. Hierzu zählen das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), die entsprechenden Konzernbetriebsvereinbarungen und Konzernrichtlinien. Der Arbeitnehmer wird über die datenschutzrelevanten Besonderheiten in Bezug auf die mobile Arbeit informiert.

## **§ 19**

### **Gewerkschaftliche Informationen bei allen Arten mobiler Arbeit**

Zum Ausgleich des verminderten Zugangs von Arbeitnehmern in mobiler Arbeit zu gewerkschaftlichen Informationsangeboten im Betrieb (z.B. Aushänge) erfolgt eine Kompensation durch elektronische Medien. Im Hinblick auf die nach Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz verfassungsrechtliche Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften räumt der Arbeitgeber Möglichkeiten zur Verteilung gewerkschaftlicher Informationen auf elektronischem Weg ein. Konkret eröffnet er die Möglichkeit, gewerkschaftliche Informationen in autonomer inhaltlicher Verantwortung der Verfasser im Intranet zu hinterlegen, auf die Beschäftigte grundsätzlich zugreifen können. Dies schließt von Zeit zu Zeit den anlassbezogenen Versand von Hinweisen auf dieses hinterlegte elektronische Angebot per E-Mail auch an dienstliche Empfängeradressen ein. Hierbei ist stets eine Abwägung zwischen den Rechten der Gewerkschaft (Ausübung der Betätigungsfreiheit) und gleichwertigen Belangen des Arbeitgebers vorzunehmen. Geltende rechtliche Beschränkungen, ausdrücklich auch Anforderungen des (Beschäftigten-)Datenschutzes, sind zwingend zu beachten. Im Falle eines Arbeitskampfes ruhen die in diesem Paragraphen festgelegten Rechte und Verpflichtungen.

## **§ 20**

### **Rufbereitschaft**

- (1) Die fortschreitende Digitalisierung bringt und ermöglicht flexiblere Arbeitszeitmodelle und neue Arbeitsformen. Dies gilt insbesondere für alle Bereiche in denen Rufbereitschaften anfallen. Die Tarifvertragsparteien sind sich einig, dass Rufbereitschaften eine besondere Belastung für die Mitarbeiter darstellen und diese deshalb, sofern es die betrieblichen Erfordernisse und Belange zulassen, so belastungsreduzierend wie möglich durchgeführt werden. Es sind deshalb alle sinnvollen technischen und organisatorischen Möglichkeiten auszunutzen, um Belastungen während Rufbereitschaften und Rufbereitschaftseinsätzen zu minimieren.
- (2) Wo Rufbereitschaften notwendig werden, haben die Betriebsparteien eine besondere Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern. Deshalb sind, neben den vorhandenen tariflichen Regelungen, ergänzend betriebliche Regelungen zu vereinbaren.
- (3) Rufbereitschaft kann zur Beseitigung von Unfallfolgen, Störungen oder – auch witterungsbedingten – Betriebsbehinderungen eingerichtet werden und soll somit der Sicherstellung eines reibungslosen Betriebsablaufs dienen (z.B. Entstörbereitschaft). Seitens der Tarifvertragsparteien besteht Einigkeit darüber, dass die strukturellen Rahmenbedingungen grundsätzlich vereinheitlicht werden sollen. Insofern gelten die folgenden Grundsätze:
  - a) Die Zeit der Rufbereitschaft ist keine Arbeitszeit.

- b) Die Dauer eines Einsatzes während der Rufbereitschaft ist Arbeitszeit. Der Einsatz aus der Rufbereitschaft beginnt grundsätzlich mit der Hinfahrt vom Wohn- oder Aufenthaltsort zum auswärtigen Einsatzort, umfasst die Tätigkeit am Einsatzort und endet mit dem Zeitpunkt der Ankunft am Wohn- oder Aufenthaltsort. Er schließt Fahrzeiten zwischen zwei Einsatzorten mit ein. Im Falle einer Rufbereitschaft nach Buchst. g wird abweichend die Zeit der tatsächlichen Inanspruchnahme des Arbeitnehmers, z.B. durch Telefonate oder sonstige Handlungen, auf das individuelle regelmäßige Jahresarbeitszeit-Soll angerechnet.
- c) Für die Dauer der Rufbereitschaft erhält der Arbeitnehmer eine Rufbereitschaftszulage.
- d) Ein Rufbereitschaftszeitraum ist der Zeitraum vom Beginn bis zum Ende einer Rufbereitschaft. Ist der Rufbereitschaftszeitraum länger als 24 Stunden, beginnt grundsätzlich am Folgetag um 8.00 Uhr und im Anschluss daran mit Ablauf von jeweils 24 Stunden ein neuer Rufbereitschaftszeitraum.
- e) Zur Abgeltung der bei einem Rufbereitschaftseinsatz erhöhten Schwierigkeiten und Anforderungen erhält der Arbeitnehmer, der innerhalb des Rufbereitschaftszeitraums zu einem Einsatz herangezogen wird, der nicht im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit einer durch den Rufbereitschaftshabenden vorausgehend geleisteten Schicht steht, bei erster Inanspruchnahme ein Leistungsentgelt Rufbereitschaftseinsatz 1 (LRE 1).

**Protokollnotiz:**

*Ein unmittelbarer zeitlicher Zusammenhang mit einer vorausgehend geleisteten Schicht besteht, wenn der Auftrag zum Einsatz vor dem Ende dieser Schicht erteilt wird.*

- f) Wird der Arbeitnehmer im Ausnahmefall bis zum Ende desselben Rufbereitschaftszeitraums mehrmals zu einem Einsatz nach Buchst. e herangezogen, erhält er zur Abgeltung der damit verbundenen erhöhten Schwierigkeiten und Anforderungen für jede weitere Inanspruchnahme, die eine erneute Anfahrt vom Wohn- oder Aufenthaltsort zu einem auswärtigen Einsatzort erforderlich macht, ein Leistungsentgelt Rufbereitschaftseinsatz 2 (LRE 2).
- g) Besteht der Einsatz während der Rufbereitschaft (Fernbereitschaft/Second Level Bereitschaft) ausschließlich darin, dass Arbeitnehmer Arbeitsaufträge oder Nachfragen am selbst gewählten Aufenthaltsort erledigen, wird anstelle des Leistungsentgelts nach Buchst. e und f ein Leistungsentgelt Rufbereitschaftseinsatz 3 (LRE 3) gezahlt. Der Anspruch auf ein LRE 3 entsteht mit der ersten Inanspruchnahme zu einem Einsatz (z.B. Störauftrag, auch wenn dieser mit mehreren Anrufen, Anfragen oder Handlungen verbunden ist) und für jeden weiteren Einsatz, der nicht mit einem vorausgehenden Einsatz in zeitlichem Zusammenhang steht.
- h) Das LRE 1, 2 und 3 erhöht sich bei allgemeinen Erhöhungen der Tabellenentgelte um den von den Tarifvertragsparteien festgelegten durchschnittlichen Vomhundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Tabellenentgelte.

- i) Der monatliche Zahlbetrag des LRE 1, 2 und 3 kann im Rahmen des § 4 Lzk-TV auch in das Langzeitkonto eingebracht werden. Für die Antragsfristen gilt § 4 Abs. 3 und 4 Lzk-TV entsprechend.

**Protokollnotiz:**

1. *Die Bestimmungen zum LRE 1, 2 und 3 sind im Rahmen der auf die Unternehmen übertragenen Zuständigkeiten auf zugewiesene Beamte, sofern sie diese Tätigkeit ausüben, sinngemäß anzuwenden, soweit beamtenrechtliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Mit dem LRE 1, 2 und 3 wird die besondere Flexibilität der Arbeitnehmer bzgl. der Leistungserbringung im Zusammenhang mit der Rufbereitschaft honoriert, die mit der Eingruppierung nicht abgedeckt ist.*
2. *Die zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Tarifvertrages bestehenden Regelungen zur Rufbereitschaft gelten fort. Die Tarifvertragsparteien prüfen eine Anpassung auf Basis der in Abs. 3 geregelten Grundsätze. Die bestehenden Regelungen der DB Kommunikationstechnik GmbH werden für die Laufzeit der Tarifrunde 2016 verlängert.*

Die Höhe der Leistungsentgelte wird als Pauschale festgelegt und richtet sich nach denjenigen Tätigkeiten innerhalb einer Tätigkeitsgruppe (z.B. Facharbeitertätigkeiten in der Anlageninstandhaltung), bei denen der Schwerpunkt der Rufbereitschaft liegt. Sie ist nach der Belastung durch die Inanspruchnahme während der Rufbereitschaft degressiv zu staffeln. Den Höchstbetrag bildet das LRE 1. Die LRE 1 ergibt sich aus dem 4-fachen Stundenentgelt der maßgeblichen Entgeltgruppen (Eingangsstufe) für diejenigen Tätigkeiten innerhalb einer Tätigkeitsgruppe, in denen der Schwerpunkt der Rufbereitschaft liegt. Für die LRE 2 richtet sich die Höhe nach dem 2,5-fachen, für die LRE 3 nach dem 1,5-fachen Stundenentgelt.

- (4) Für Unternehmen im Geltungsbereich dieses Tarifvertrags, in denen Rufbereitschaften durchgeführt werden und keine Regelungen im Sinne des Abs. 3 bestehen und die in die Tarifrunde 2016 einbezogen sind, werden auf Basis dieser Grundsätze in den entsprechenden Tarifverträgen der Unternehmen mit Wirkung zum 01. April 2017 Regelungen getroffen. In den übrigen Unternehmen, in denen Rufbereitschaften durchgeführt werden, jedoch keine Regelungen im Sinne des Abs. 3 bestehen, erfolgt die Umsetzung im Zuge der jeweiligen Haustarifvertragsverhandlungen. Wenn Rufbereitschaften im Sinne des Abs. 3 neu eingerichtet werden, sind die Grundsätze des Abs. 3 zum Zeitpunkt der Einführung umzusetzen. Im Zuge dieser Neuregelungen sind geltende Altregelungen zur Rufbereitschaft abzulösen.
- (5) Für Unternehmen im Geltungsbereich dieses Tarifvertrages gelten aufgrund der dort zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Tarifvertrags eingerichteten Rufbereitschaften im Sinne des Abs. 3 die in Anlage 2 festgelegten maßgeblichen Entgeltgruppen.

## **§ 21**

### **Neustruktur Arbeitszeitkontensystematik**

Die Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, dass Ausdruck einer modernen Arbeitsorganisation eine zeitgemäße Arbeitszeitkontensystematik ist, welche dem Trend nach stärkerer Individualisierung der Arbeitsbedingungen Rechnung trägt und die Nutzungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer unter Berücksichtigung von deren Verpflichtungen aus Familie, Biografie und Pflege stärkt. Die Tarifvertragsparteien vereinbaren daher die Aufnahme von Verhandlungen über eine Neustruktur der Arbeitszeitkontensystematik.

## **Abschnitt IV**

### **Teilhabe an Produktivitätssteigerung, Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungssicherung**

## **§ 22**

### **Beschäftigungsfähigkeit**

Der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit im Kontext der Digitalisierung ist ein wesentlicher Bestandteil der Gestaltung der Beschäftigungsbedingungen. Die individuelle Beschäftigungsfähigkeit zu bewahren, bedeutet, die sich wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt einerseits und die individuellen Kompetenzen, die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit andererseits langfristig miteinander in Einklang zu halten. Zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit gehören Bildungsangebote wie auch Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und zum Arbeitsschutz.

Im Kontext der Digitalisierung ist dabei insbesondere auf die Vermeidung psychischer (Fehl-)Belastungen zu achten, sowohl vorausschauend bei der Veränderung von Arbeitsorganisation, Arbeitsplätzen, als auch Arbeitszeiten, wie auch laufend bei bestehenden Arbeitsplätzen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung. Die Betriebsparteien sind insbesondere verpflichtet, die geltenden Regelungen zur psychischen Gefährdungsbeurteilung einzuhalten.

Die Erreichung dieses Ziels verlangt einen Dialog und ein Zusammenwirken von Arbeitnehmern, Führungskräften, Betriebs- und Sozialpartnern in komplexen und langfristigen Prozessen.

## **§ 23**

### **Budget zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit (Produktivitätsgewinn)**

Auf Grundlage des vereinbarten Prozesses in der Digitalen Roadmap wird ermittelt, ob und in welcher Höhe ein Produktivitätsgewinn durch Digitalisierungsprojekte entsteht, der unter Mitwirkung der Arbeitnehmer realisiert wird. Aus einem entstandenen Produktivitätsgewinn wird ein zusätzliches Budget für betriebliche Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, insbesondere zu Bildungs- oder Gesundheitszwecken, bereitgestellt.

Zweck eines zusätzlichen Bildungsbudgets ist die vorausschauende Umschulung bzw. Anpassungsqualifizierung der Beschäftigten, die aufgrund der Digitalisierung ihre Qualifikation verändern bzw. in ein neues Tätigkeitsfeld wechseln müssen.

Höhe und Ausgestaltung der Verteilung des Budgets sind durch die Betriebsparteien zu regeln.

Dabei werden Rahmenbedingungen und Verpflichtungen (z.B. Antragsberechtigte, Auswahlkriterien und Konfliktregelungen) von Arbeitgeber, Betriebsrat und Arbeitnehmer festgelegt.

## **§ 24 Beschäftigungssicherung**

Die Sicherheit der Beschäftigung hat in den Unternehmen des DB-Konzerns eine lange und erfolgreiche Tradition. Diese so zu gestalten, dass sie auch technischen Entwicklungen Rechnung trägt, ist ein wichtiges Ziel des Tarifvertrages. Die geltenden Regelungen des Abschnitts C Kapitel 5 DemografieTV und insbesondere die KBV Konzernarbeitsmarkt einschließlich ihrer Regelungen zum Kontrahierungsgebot finden Anwendung.

## **Abschnitt V Kooperation der Tarifvertragsparteien**

### **§ 25 Modellprojekte**

Die Herausforderungen der Digitalisierung und die sich verändernden Rahmenbedingungen werden zum Anlass genommen, gemeinsam an den in der Anlage 3 näher beschriebenen, extern begleiteten Modellprojekten mitzuarbeiten, um mögliche neue Impulse und Sichtweisen zu erhalten und daraus Ableitungen für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Beschäftigungsbedingungen zu treffen. Erste Zwischenergebnisse sind bis Oktober 2017 vorzulegen.

### **§ 26 Evaluierung des TV Arbeit 4.0 EVG 2016**

- (1) Die Tarifvertragsparteien führen im 2. und im 3. Quartal 2017 einen Dialog unter Beteiligung der bestehenden Arbeitsgruppen durch. An dem Dialog werden die seitens der Tarifvertragsparteien auf Unternehmensebene gebildeten paritätisch besetzten Arbeitsgruppen „TV Arbeit 4.0“ beteiligt. Ab dem Jahr 2018 findet der Dialog jeweils entsprechend im 3. Quartal statt.
- (2) In die Evaluierung fließen die in diesem Tarifvertrag beschriebenen Themen, Verfahren und Modelle ein, auch die Ergebnisse der in der Anlage 3 beschriebenen Modellprojekte sowie etwaige Weiterentwicklungsbedarfe im Hinblick auf die Bestimmungen zur Mobilen Arbeit (Abschnitt III).
- (3) Sofern sich aus der Evaluierung Bedarf nach einer strukturellen Weiterentwicklung des DemografieTV oder einer Zusammenführung der Themen des DemografieTV und des TV Arbeit 4.0 EVG 2016 zu einem neuen, einheitlichen Tarifvertrag ergeben sollte, werden unverzüglich entsprechende Tarifverhandlungen aufgenommen, dies gilt auch, wenn dieser Tarifvertrag separat bestehen bleiben soll und sich Änderungsbedarf ergibt.

## **Abschnitt VI Schlussbestimmungen**

### **§ 27 Schlussbestimmungen**

- (1) Dieser Tarifvertrag tritt am 01. Januar 2017 in Kraft.
- (2) Dieser Tarifvertrag ersetzt die folgenden Tarifverträge:
  - a) Tarifvertrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Funktionsgruppen und des Entgeltsystems (TV Arbeit 4.0 FGr EVG) vom 27. Mai 2015,
  - b) Tarifvertrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Bestimmungen der Tarifverträge der DB Bahnbau Gruppe GmbH (TV Arbeit 4.0 DB BBG) vom 04. August 2015,
  - c) Tarifvertrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Bestimmungen der Tarifverträge der DB Dialog GmbH (TV Arbeit 4.0 DB Dialog) vom 15. September 2015,
  - d) Tarifvertrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Bestimmungen der Tarifverträge der DB ProjektBau GmbH (TV Arbeit 4.0 DB PB) vom 09. Juli 2015,
  - e) Tarifvertrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Bestimmungen der Tarifverträge der DB Fahrwegdienste GmbH (TV Arbeit 4.0 DB FWD) vom 27. Mai 2015,
  - f) Tarifvertrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Bestimmungen der Tarifverträge der DB Kommunikationstechnik GmbH (TV Arbeit 4.0 DB KT) vom 27. Mai 2015,
  - g) Tarifvertrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Bestimmungen der Tarifverträge der DB Services GmbH (TV Arbeit 4.0 DB Services) vom 27. Mai 2015,
  - h) Tarifvertrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Bestimmungen der Tarifverträge der DB Sicherheit GmbH (TV Arbeit 4.0 DB Sicherheit) vom 27. Mai 2015,
  - i) Tarifvertrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Bestimmungen der Tarifverträge der DB Systel GmbH (TV Arbeit 4.0 DB Systel) vom 27. Mai 2015.
- (3) Dieser Tarifvertrag kann mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats, frühestens zum 30. September 2018 schriftlich gekündigt werden.

- (4) Sollten Bestimmungen dieses Tarifvertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung eine Regelung zu treffen, die – soweit rechtlich möglich – dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit der Regelung erkannt hätten.

Berlin/Frankfurt am Main, 12. Dezember 2016

  
Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband  
der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e. V.  
(Agv MoVe)

  
Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)  
(Bundesvorstand)

**Unternehmen gemäß § 1 TV Arbeit 4.0 EVG 2016**

Vorstandsressort DB-Konzern	Unternehmen gemäß § 1 TV Arbeit 4.0 EVG
<b>Konzernleitung</b>	
	<b>Deutsche Bahn AG</b>
	DB Bahnbau Gruppe GmbH
	DB Gastronomie GmbH
	DB JobService GmbH (gilt nur für den Overhead)
	DB Zeitarbeit GmbH (gilt nur für den Overhead)
	Deutsche Bahn Stiftung gGmbH
<b>Infrastruktur, Dienstleistungen und Technik</b>	
	<b>DB Energie GmbH</b>
	<b>DB Netz AG</b>
	DB RegioNetz Infrastruktur GmbH
	Deutsche Umschlaggesellschaft Schiene (DUSS) mbH
	DB Fahrwegdienste GmbH
	DB Kommunikationstechnik GmbH
	DB Services GmbH
	DB Sicherheit GmbH
	DB System GmbH
	DB Systemtechnik GmbH
	<b>DB Engineering&amp;Consulting GmbH</b>
	DB Projekt Stuttgart-Ulm GmbH
	<b>DB Station&amp;Service AG</b>
<b>Verkehr und Transport</b>	
	DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH
	<b>DB Fernverkehr AG</b>
	<b>DB Regio AG</b>
	DB RegioNetz Verkehrs GmbH
	DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) - Geschäftsfeld Schiene -
	S-Bahn Berlin GmbH
	S-Bahn Hamburg GmbH
	S-Bahn Hamburg Service GmbH
	<b>DB Vertrieb GmbH</b>
	DB Dialog GmbH
	<b>DB Cargo AG</b>

**Bemessung der Leistungsentgelte für den Rufbereitschaftseinsatz  
und Aufhebung von Altregelungen gemäß § 20 Abs. 3 TV Arbeit 4.0 EVG 2016**

Für Unternehmen im Geltungsbereich dieses Tarifvertrages gelten aufgrund der dort zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Tarifvertrags eingerichteten Rufbereitschaften gemäß § 20 Abs. 3 für die Bemessung der Leistungsentgelte für den Rufbereitschaftseinsatz (LRE) die folgenden Entgeltgruppen (Eingangsstufe):

**I. Umsetzung gemäß § 20 Abs. 4 mit Wirkung zum 01. April 2017:**

DB AG: FGr-Tarifverträge 1-3, 5 und 6	Entgeltgruppe 106 (Basis: 13er Auszahlungsmodell)
DB Services GmbH: TDL	Entgeltgruppe T/S07
DB Services GmbH: IFM/FZR	Entgeltgruppe L1/jeweiliges Tarifgebiet
DB Fahrwegdienste GmbH:	Entgeltgruppe TG 5/jeweiliges Tarifgebiet
DB Dialog GmbH:	Entgeltgruppe TG 10

**II. Abweichender Einführungszeitpunkt gemäß § 20 Abs. 3 Protokollnotiz Nr. 2:**

*Einführung im Anschluss an die Verlängerung der bestehenden Regelung für die Laufzeit der Tarifrunde 2016:*

DB Kommunikationstechnik GmbH:	Entgeltgruppe Servicetechniker L4
--------------------------------	-----------------------------------

**III. Umsetzung gemäß § 20 Abs. 4 im Zuge der jeweiligen Haustarifvertragsverhandlungen zur Tarifrunde 2017:**

DB Bahnbau Gruppe GmbH:	Entgeltgruppe VG 4
DB Engineering & Consulting GmbH:	Entgeltgruppe VG 5

#### **IV. Aufhebung bestehender Altregelungen gemäß § 20 Abs. 4:**

1. In Anlage 9 zum FGr 1-TV wird § 3 unter Anpassung der Nummerierung der folgenden Paragraphen außer Kraft gesetzt und gelöscht.
2. Die Anlagen 10 und 11 des FGr 1-TV werden unter entsprechender Anpassung des Inhaltsverzeichnisses außer Kraft gesetzt und gelöscht.
3. In Anlage 8 zum FGr 3-TV wird § 4 unter Anpassung der Nummerierung der folgenden Paragraphen außer Kraft gesetzt und gelöscht.
4. In Anlage 9 zum FGr 3-TV wird Satz 2 gestrichen.
5. In Anlage 9 zum FGr 6-TV wird § 4 unter Anpassung der Nummerierung der folgenden Paragraphen außer Kraft gesetzt und gelöscht.
6. Die Anlagen 10 und 11 des FGr 6-TV werden unter entsprechender Anpassung des Inhaltsverzeichnisses außer Kraft gesetzt und gelöscht.
7. Es treten folgende, noch über die „Vereinbarung über die Arbeitszeitregelung bei der DB AG“ vom 27. Dezember 1993 wirksamen Regelungen ohne Nachwirkung außer Kraft:
  - a. § 4 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 5 LTV und LTV-DR
  - b. § 15 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. a und b LTV und LTV-DR
  - c. die den nach Buchst. a und b entsprechenden Regelungen des Teils B Vz ATV 5
  - d. § 10 Abs. 10 AnTV-DR
8. Die mit Verfügung des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn vom 12. August 1974 - 11.114 Pdt (F) - erklärte außertarifliche Anwendung der Regelungen des LTV auf Angestellte der Deutschen Bundesbahn wird beendet.

**Modellprojekte gemäß § 26 TV Arbeit 4.0 EVG 2016**

(1) **Auswirkungen digitaler Innovationen auf Berufsbilder in Verkehrsunternehmen**

Projektziel: Erfassung bzw. Prognose der Veränderung ausgewählter Berufsbilder im digitalen Wandel bei der DB AG; Ableitung betriebs- und tarifpolitischer Strategien zur Bewertung der Tätigkeiten sowie der Veränderungen in den Ausbildungsberufen.

Externe Begleitung und Beratung: WMP-Consult, Hamburg

(2) **„Digitale“ psychische Belastungen vor dem Anfang stoppen.** Gestaltung guter Arbeitsbedingungen in neuen Arbeitsformen und Tätigkeitsfeldern – innovative Ansätze für die Gesundheitsprävention

Projektziel: Erweiterung des Verfahrens zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen um „digitale“ Arbeitsanforderungen und Ressourcen und Einbau in den Prozess der vorausschauenden Gefährdungsbeurteilung psychosozialer Belastung.

Externe Begleitung und Beratung: Dortmunder Forschungsbüro für Arbeit, Prävention und Politik (DoFAPP)

(3) **„Mobile Arena“** – Den technologischen und demografischen Wandel aktiv gestalten.

Projektziel: Umsetzung eines innovativen Weiterbildungskonzeptes zur Initiierung von Betriebsprojekten zur Stärkung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit in Form einer Ausstellung zu den Gestaltungsoptionen im technologischen und demografischen Wandel; Aufbau einer nachhaltigen und gut verankerten Weiterbildungs- und Umsetzungsstrukturen in den Betrieben; stärkere Verankerung des lebenslangen Lernens; Stärkung der Akteurinnen und Akteure auf betrieblicher Ebene zur Nutzung der Gestaltungsoptionen aus dem DemografieTV.

Externe Begleitung und Beratung: Europäische Akademie für umweltorientierten Verkehr (EVA-Akademie)

(4) **Mobile Arbeit im Schienenverkehrssektor** – Neue Anforderungen an die Gestaltung guter Arbeit

Projektziel: Entwicklung und Erprobung von Ansätzen für eine gesundheitsgerechte und zukunftsfähige Gestaltung flexibler Arbeitsformen im Schienenverkehrssektor. Ziel des Projektes der EVA Bildung und Beratung ist es Ansätze für eine gesundheitsgerechte und zukunftsfähige Gestaltung flexibler Arbeitsformen im Schienenverkehrssektor zu entwickeln und zu erproben.

Externe Begleitung und Beratung: Europäische Akademie für umweltorientierten Verkehr (EVA-Akademie)

(5) **Kompetenzverschiebungen und Kompetenzentwicklung im Digitalisierungsprozess**  
– Kompetenz 4.0

Projektziel: Entwicklung eines Konzeptes „Kompetenz 4.0“, das sowohl Anforderungen aktueller digitaler und technischer Entwicklungen integriert, als auch Chancen der Digitalisierung für die Beschäftigten bezogen auf Kompetenzentwicklung und Arbeitsgestaltung nutzen möchte; Erarbeitung von Ideen und Leitlinien für eine zukunftsorientierte berufliche und betriebliche Weiterentwicklung.

Externe Begleitung und Beratung: Universität Hamburg, Fakultät für Erziehungswissenschaft

(6) **Der Beitrag von Fach- und Führungskräften zur Gleichstellung**

Projektziel: Erarbeitung von Handlungsorientierungen von Fach- und Führungskräften sowie betrieblichen Interessenvertretungen anhand folgender Leitfragen:

1. Welche Wahrnehmungen alltäglicher Krisen und ungleicher Beteiligungschancen erwachsen aus den Erfahrungen mit kapitalmarktorientierten Restrukturierungsprozessen und wie werden diese arbeitspolitisch wirksam?
2. Welche Ansprüche an Partizipation in der Arbeit werden artikuliert und welche Interessenkoalitionen und Konfliktlinien ergeben sich daraus? Wo finden sich Ansatzpunkte für eine gewerkschaftliche Strategie der Demokratisierung der Arbeit?
3. Welche Wahrnehmungen und Handlungsorientierungen geschlechterungleicher Reproduktionsanforderungen und welcher Ansprüche an das „ganze Leben“ lassen sich bei männlichen und weiblichen Führungskräften sowie Betriebsräten rekonstruieren? Wie können diese Ansprüche arbeits- und geschlechterpolitisch mobilisiert werden?

Externe Begleitung und Beratung: Humboldt-Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften

**Anlagen zum TV Arbeit 4.0 EVG 2016 vom 12. Dezember 2016**

Die dem TV Arbeit 4.0 EVG 2016 angefügten Anlagen sind als Tarifregelung Bestandteil des TV Arbeit 4.0 EVG 2016. Dies sind:

- Anlage 1 Unternehmen gemäß § 1 TV Arbeit 4.0 EVG 2016
- Anlage 2 Bemessung der Leistungsentgelte für den Rufbereitschaftseinsatz und Aufhebung von Altregelungen gemäß § 20 Abs. 3 TV Arbeit 4.0 EVG 2016
- Anlage 3 Modellprojekte

Berlin/Frankfurt am Main, 12. Dezember 2016

  
Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband  
der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e. V.  
(Agv MoVe)

  
Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)  
(Bundesvorstand)